

K-1 Den Fortschritt selbst in die Hand nehmen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

1 Das letzte Jahr war hart: Preissteigerungen, Mieterhöhungen, explodierende
2 Heizkosten, aber stagnierende Löhne, Bafög-Sätze und Ausbildungsvergütungen.
3 Gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor den Auswirkungen der Klimakrise
4 und ihrer persönlich unsicheren Zukunft ohne rosige Perspektiven. Dieser Zustand
5 ist kein Zufall, sondern ein Produkt der liberalen Ampel-Politik, die die
6 soziale Frage außen vor lässt und die Klimakrise nicht ernst nimmt. So
7 frustrierend das auch ist, so klar ist auch: Genauso wie dieser Zustand durch
8 die politischen Umstände zu erklären ist, ist er auch veränderbar.

Die Ampel regiert auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

10 Vor zwei Jahren ist die Ampel als selbsternannte Fortschrittskoalition
11 angetreten. Heute müssen wir feststellen, dass von Fortschritt nicht viel übrig
12 geblieben ist. Große Vorhaben der Ampel wurden so weit abgeschliffen bis von
13 ihnen kaum noch etwas übrig ist. Die Ampel plant so wenig Geld für die
14 Kindergrundsicherung ein, dass es unklar ist, wie Kinderarmut damit ernsthaft
15 angegangen werden soll. Die Ausbildungsgarantie lässt weiterhin tausende junge
16 Menschen ohne Ausbildungsplatz zurück. Die Bafög-Reform fällt Lindners Sparkurs
17 zum Opfer. Der Mindestlohn wird nur im Cent-Bereich angepasst. Das Bürgergeld
18 ist eine schlechte Kopie von Hartz IV. Während der vorgezogene Kohleausstieg im
19 Rheinland dank des skandalösen Deals mit RWE nicht die Emissionsminderungen
20 bringen wird, die nötig wäre, gibt es für den Strukturwandel im Osten immer noch
21 keinen Plan, in den die Menschen vor Ort Vertrauen setzen. Gleichzeitig
22 verpasste die Regierung die Chance, ihr beliebtestes Klimaprojekt, das 9€-
23 Ticket, fortzuführen.

24 Die Ampel ist eine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners und mit diesem
25 kleinen Nenner lassen sich kaum gemeinsame Interessen finden. Appelle an die
26 Ampel, man solle sich weniger streiten und einiger auftreten, sind absurd, denn
27 wer kaum etwas gemein hat, der ist zum Streiten verdammt.

28 Solange die Ampel aber die soziale Frage ausspart, verlagern sich die

29 gesellschaftlichen Konflikte von „unten vs. oben“ zu „innen vs. außen“. Rechte
30 nutzen diese gesellschaftliche Stimmung und spielen die Ärmsten gegeneinander
31 aus. Darunter leiden oft vor allem marginalisierte Gruppen: Rassismus nimmt zu
32 und die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Flüchtenden kippt immer weiter.
33 Anstatt sich für Antidiskriminierung stark zu machen, gießen Konservative und
34 Liberale Wasser auf die Mühlen der Rechten. Die gemeinsame Abstimmung der CDU-
35 und FDP-Fraktion im Thüringer Landtag machte deutlich, wie sehr die Brandmauer
36 zur AfD bröckelt. Gleichzeitig sollen immer mehr Ländern zu sicheren
37 Herkunftsstaaten erklärt werden, was tausende Menschen wissentlich in Gefahr
38 bringt. Diese Entwicklungen sind ein Sicherheitsrisiko für Menschen auf der
39 Flucht und hier vor Ort. Das nehmen wir nicht hin!

41 Die von rechts angeheizte Konkurrenz zwischen den Ärmsten ist eine logische
42 Konsequenz unsozialer Politik und führt dazu, dass gesellschaftlichen Mehrheiten
43 für Klimaschutz, Solidarität oder gesellschaftspolitische Errungenschaften
44 bröckeln. Während Rechte mit ihren Kulturkämpfen die gesellschaftliche Stimmung
45 kippen wollen, stehen wir zusammen.

46 Außerdem erleben wir, wie die gesellschaftliche Stimmung, angeheizt durch
47 konservative und rechtspopulistische Kräfte, kippt. Aus einfachen Parolen
48 entstehen tätliche Angriffe auf politisch Aktive, wie beispielsweise in den
49 Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen. Selbst das unfassbare Verhalten von
50 Hubert Aiwanger im Umgang mit dem antisemitischen Flugblatt wird in dieser
51 aufgeheizten Stimmung zum Kulturkampf und das Festhalten an ihm als Minister
52 widerspricht allen bisherigen Grenzen. Dieser gesellschaftlichen Spaltung wollen
53 wir entgegenwirken.

54 Vernünftig und gerecht wäre, diejenigen zu besteuern, die in den letzten Jahren
55 Übergewinne gemacht haben, Millionen mit Mieteinnahmen verdient haben und deren
56 Millionenvermögen selbst in der Krise weiter gewachsen sind. Stattdessen werden
57 Empfänger*innen von Bürgergeld gegen Geringverdiener*innen und in Armut lebende
58 Rentner*innen gegen Asylbewerber*innen ausgespielt.

59 **Es braucht eine andere Politik!**

60 Angesichts dieser Entwicklungen bräuchte es dringend eine andere Politik, die
61 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und somit allen ein gutes Leben
62 ermöglicht. Dafür fordern wir:

- 63 • **Tax the rich!** Während die Superreichen immer reicher werden, können wir
64 uns nicht mehr als Nudeln mit Pesto leisten. Das darf so nicht sein: Wir
65 können uns die Superreichen nicht mehr leisten! Wir fordern eine echte
66 Millionärssteuer! Für eine gerechte Besteuerung müssen alle Wege in
67 Betracht gezogen werden: Vermögen, Einkommen und Erbschaft.

- 68 • Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse - und noch dazu ökonomisch
69 vollkommen unvernünftig. **Die Schuldenbremse gehört ersatzlos abgeschafft,**
70 stattdessen brauchen wir sofort massive Investitionen in eine
71 klimagerechte Zukunft.
- 72 • **Kommunen und Demokratieförderung stärken!** Für das Gute Leben vor Ort
73 braucht es mehr Geld! Nur so kann es lebendige Jugendzentren, Sport und
74 Kulturangebote, eine würdevolle Unterbringung für Geflüchtete, Integration
75 und bezahlbaren Wohnraum und gerechten Klimaschutz vor Ort geben. Deswegen
76 müssen die Kommunen endlich von ihren lähmenden Altschulden befreit werden
77 und dauerhaft viel größere finanzielle Spielräume erhalten. Die chronische
78 Unterfinanzierung von Jugendarbeit und Demokratieförderung im Projektstil
79 muss ein Ende haben - Institutionen, Vereine und Initiativen, die dem
80 solidarischen Miteinander dienen, müssen dauerhaft und verlässlich
81 finanziert werden.
- 82 • **Eine Mega-Offensive in Bus und Bahn!** Fahrpläne werden zusammengekürzt,
83 Bus- und Bahnfahrer*innen arbeiten unter schlechten Bedingungen und
84 niedrigen Löhnen und nicht mal für das 49€-Ticket ist die langfristige
85 Finanzierung gesichert. Um diesen Umstand zu ändern, brauchen wir dringend
86 mindestens 16 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für den ÖPNV und eine
87 Verdopplung des Bus- und Bahnangebots bis 2030!
- 88 • **Das Klimageld muss sofort kommen!** Gerade in Zeiten, in denen
89 gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutz auf der Kippe stehen, müssen
90 die Menschen für den steigenden CO2-Preis ausreichend entlastet werden.
91 Das Klimageld darf nicht zum nächsten ausgehöhlten Ampel-Projekt werden!
- 92 • **Bezahlbarer Wohnraum für alle!** Während die Mietpreise weiter explodieren
93 und die Wohnungsnot nicht bekämpft wird, machen Wohnungskonzerne und ihre
94 Aktionäre dicke Gewinne. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordern wir
95 einen bundesweiten Mietendeckel und eine Offensive bei kommunalem und
96 genossenschaftlichem Wohnungsbau. Wohnen ist ein Grundrecht und damit
97 sollte niemand Profit machen dürfen. Deshalb darf Wohnen nicht dem Markt
98 überlassen werden. Große Wohnungskonzerne gehören vergesellschaftet!
- 99 • **Ausbildungsvergütung und Bafög an die Inflation anpassen!** Wir haben ein
100 würdevolles Leben verdient, auch in Zeiten unserer Ausbildung.

- 101 • **Mindestlohn auf 15 Euro anheben:** Die 41 Cent Erhöhung sind blanker Hohn.

102 **Ein gutes Leben ist möglich – wenn wir es uns erkämpfen!**

103 Wir wissen: Die richtigen Forderungen zu haben, reicht nicht aus. Wir können uns
104 nicht darauf verlassen, dass die Ampel von alleine ihre Politik ändert. Deshalb
105 nehmen wir es selbst in die Hand und organisieren den Druck, der für eine
106 gerechte Politik notwendig ist! Im kommenden Jahr machen wir das hauptsächlich
107 mit zwei großen Projekten:

- 108 • Wir stellen zu den **Kommunal-, Landtags- und Europawahlen im Jahr 2024** die
109 Verteilungsfrage! Als Grüne Jugend werden wir die Wahlen nutzen, um unsere
110 Forderungen auf die Straße und in unsere Nachbarschaft zu tragen und dort
111 mit vielen neuen, jungen Menschen ins Gespräch zu kommen – darüber, was
112 sie frustriert, was wir für ein gutes Leben brauchen und dass wir es
113 gemeinsam erkämpfen können. So begeistern wir junge Menschen, mit uns
114 gemeinsam politisch aktiv zu werden. **Wir wollen mehr werden!**

- 115 • Wir sind überzeugt davon, dass wir uns mit vielen hinter unseren
116 gemeinsamen Interessen verbünden können. Deshalb suchen wir in den
117 nächsten Wochen und Monaten den gemeinsamen Schulterschluss mit der
118 Klimabewegung und den Beschäftigten im Nahverkehr in der Kampagne
119 **#WirFahrenZusammen**. Zusammen setzen wir uns für massive Investitionen in
120 den ÖPNV ein und unterstützen die Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf, in
121 dem wir ihnen die dringend notwendige Solidarität organisieren.

122 Wir können und werden nicht weiter dabei zusehen, wie die Ampel keine soziale
123 Politik macht findet und massenhaft besorgte Menschen zurücklässt. Wir wissen,
124 dass ein gutes Leben für alle möglich ist und dass wir es uns gemeinsam
125 erkämpfen müssen. Dafür werden wir im Kampagnenjahr 2024 und im
126 **#WirFahrenZusammen-Winter** auf die Straße gehen und bei uns vor Ort aktiv sein!